

Rechtsradikale Gewalt in Köln: Angriff auf Demonstranten erschüttert Stadt!

Kölner Demonstration gegen AfD eskaliert; steigende rechte Gewalt und Herausforderungen für die Gesellschaft.



Köln-Kalk, Deutschland - Die politische Stimmung in Köln ist angespannt, und es scheint nicht besser zu werden. Ein Vorfall, der bei einer Demonstration gegen einen AfD-Bürgerdialog in Köln-Kalk stattfand, hat die Gemüter erhitzt. David, der auf seiner ersten Demonstration war, wurde auf dem Heimweg von Felix Cassel, einem AfD-Politiker, angefahren und musste ins Krankenhaus. Diese gewaltsame Auseinandersetzung erinnert an die besorgniserregende Entwicklung rechtsextremistischer Gewalt, die in Deutschland in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Laut Angaben des **Statista** sind im Jahr 2024 insgesamt 3.453 Fälle rechter Gewalt registriert worden ein markanter Anstieg im Vergleich zu nur 1.347 Fällen fünf Jahre zuvor.

Heike Kleffner vom VBRG macht Sorge, dass viele Täter sich positiv auf die AfD beziehen und die immer wieder in die Schlagzeilen geratenen Gewalttaten gegen kritische Bürger im Zusammenhang mit der rechtsgerichteten Ideologie stehen. Das Bundeskriminalamt weist darauf hin, dass von den 1.488 politisch motivierten rechts motivierten Gewaltstraftaten im Jahr 2024 viele nicht in der PMK-Rechts-Statistik erfasst werden, da das Motives Rassismus häufig zunächst unklar bleibt.

Zunehmende Gewalttaten und deren Folgen

Die Situation in der Gemeinde wird dadurch kompliziert, dass zahlreiche Vorfälle zwar dokumentiert, jedoch immer noch nicht ausreichend rechtlich verfolgt werden. So berichtete Nils Weigt von einem erschreckenden Vorfall beim AfD-Bundesparteitag 2024 in Essen, der ebenfalls in der PMK-Rechts-Statistik nicht erfasst wurde. Es ist unverständlich, dass solche Ereignisse in den Statistiken untergehen. Martin, ein weiterer Bürger, wurde von Robert Hagerman, einem AfD-Gemeinderatskandidaten, mit Pfefferspray angegriffen, als er anderen helfen wollte. Martin erlitt Stichverletzungen, und obwohl der Vorfall als Notwehrexzess eingestuft wurde, ist die Justiz hier fragwürdig vorgegangen.

Die Beratungsstellen, die Betroffene unterstützen sollten, erhalten keine Informationen über Täter, die AfD-Funktionäre sind. Dieses Informationsdefizit könnte als Teil eines größeren Problems innerhalb des Rechtssystems angesehen werden, wo Betroffene oft das Gefühl haben, vom Rechtsstaat im Stich gelassen zu werden. Judith Porath vom VBRG bringt es auf den Punkt: Die Menschen fühlen sich nicht geschützt.

Ein besorgniserregendes Bild

Statistiken des **Bundeskriminalamts** legen dar, dass die politisch motivierte Kriminalität (PMK) in Deutschland ein bedeutendes Sicherheitsproblem darstellt. Im Jahr 2024 war ein Anstieg von 23,21 % bei der PMK-rechts zu verzeichnen, was

fast die Hälfte aller registrierten Fälle ausmacht. Insgesamt wurden 28.945 Fälle gezählt. Innerhalb dieser Zahl zählen Hassverbrechen zu den am stärksten angestiegenen Delikten, mit einem Anstieg von 50 %. Viele dieser Straftaten, die von Extremismus und Intoleranz geprägt sind, haben rechtsextreme Hintergründe, was den Druck auf die Zivilgesellschaft erhöht.

Unterdessen setzen Aktivisten wie Uli, Martin und Hubert ihr Engagement für eine offene und respektvolle Gesellschaft fort. Trotz aller Widrigkeiten haben sie sich entschieden, nicht aufzugeben und mit ihren Stimmen und Taten gegen Rechts zu kämpfen. David, der nach seinem Vorfall aktiv geworden ist und eine Punkrock-Band gegründet hat, ist ein lebendes Beispiel dafür, dass auch aus Gewalt ein Antrieb zum Wandel entstehen kann. Es bleibt zu hoffen, dass die zivilgesellschaftlichen Initiativen in Köln und darüber hinaus stark genug sind, um der schleichenden Gewalt und Intoleranz entgegenzuwirken.

Diese Entwicklungen machen einmal mehr klar, dass in der heutigen Zeit drängende Fragen zur Sicherheit und zum Schutz der Bürger auf der Tagesordnung stehen. Das Geschehen der letzten Monate hat deutlich gemacht, dass der Kampf gegen politisch motivierte Gewalttaten noch lange nicht gewonnen ist und dass die Gesellschaft gefordert ist, zusammenzustehen und Flagge zu zeigen.

Details	
Ort	Köln-Kalk, Deutschland
Quellen	• krautreporter.de • de.statista.com • www.bka.de

Besuchen Sie uns auf: mein-koeln.net